

II-10646 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5337/J

A n f r a g e

1990 -04- 0 3

der Abgeordneten Dr. Müller, Roppert
und Genossen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend die Beseitigung von Ungleichbehandlungen im Präsenzstand

Es ist festzustellen, daß es beispielsweise im Zusammenhang mit der Entsendung von Angehörigen des Bundesheeres zur Hilfestellung in das Ausland zu Ungleichbehandlungen von Wehrpflichtigen, die nicht als Angehörige des Bundesheeres in einem öffentlichen Dienstverhältnis stehen, und Wehrpflichtigen, die in diesem Verhältnis stehen, kommt. Diese Ungleichbehandlung zeitigt Folgen in der Besoldung, der Disziplinarverhandlung, der Bekleidung, der Urlaubsregelung etc. Darüber hinaus kommt es zu schweren, für die Beurteilung der Miliz durch das Ausland abträglichen Benachteiligungen durch die Bevorzugung von Berufsoffizieren und -unteroffizieren. für Kommandanten-, Stabs- und Fachfunktionen. Ähnliche Ungleichbehandlungen treten, wie in der Bundesheerdiskussion immer wieder erwähnt, bei Übungen der Einsatzorganisation auf. Aus diesem Grund richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Landesverteidigung die folgende

A n f r a g e :

1. Wie stehen Sie zu den in der Begründung angeführten Benachteiligungen?
2. Beabsichtigen Sie zur Abstellung dieser Mißstände noch in dieser Legislaturperiode einen Ministerentwurf auszuarbeiten?
3. Werden Sie durch Maßnahmen in Ihrem eigenen Verantwortungsbereich die erwähnten Nachteile im Sinne einer konsequenten Implementierung des Milizgedankens abstellen?